

**Ukrainekrieg -
Diplomatie und Waffenstillstand statt Eskalation
Vortrag Darmstadt 26.1.23
Matthias Jochheim, IPPNW und Attac**

Aktuelle Lage:

Gerade in diesen Tagen empfangen wir die Nachrichten über eine erneute Eskalation des Krieges: die NATO, insbesondere die Bundesregierung im Verbund mit der US-Regierung, haben die Lieferung schwerer Kampfpanzer in die Ukraine beschlossen. Leopard 2- und US-amerikanische Abrams-Panzer sollen in die Ukraine geliefert werden, genügend zur Ausrüstung von zwei Bataillonen. Ein „Game-Change“, eine Wende im Kriegsgeschehen könne dies bedeuten, sagt der neue Verteidigungsminister Pistorius. Deutschland, das ist nicht mehr zu übersehen, ist Kriegspartei geworden. Eine völkerrechtliche Einschätzung der Lage haben bereits im März vergangenen Jahres die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vorgenommen. Sie kamen zu dem Ergebnis, unterstützende Waffenlieferungen an die Ukraine seien zunächst unbedenklich – sogar unabhängig vom „Umfang“ der Lieferungen und von der „Frage, ob es sich dabei um ‘offensive‘ oder ‘defensive‘ Waffen handelt“. Wenn jedoch „neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde“, hieß es weiter, „würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.“ Ukrainische Soldaten werden seit dem vergangenen Frühjahr an den westlichen Waffensystemen ausgebildet, die die Ukraine aus Beständen der NATO-Staaten erhält. Aktuell steht nun

die Ausbildung an den Leopard 2-Kampfpanzern 2
bevor. Denkbar ist laut Berichten die Ausbildung an der
Panzertruppende in Munster und der Technischen
Schule des Heeres in Aachen.

Ermutigt durch diese Erfolge, fordert der ukrainische
Präsident nun auch die Lieferung von Kampfjets und
Langstreckenraketen durch die westlichen Unterstützer.

Das Sterben unter der ukrainischen Zivilbevölkerung
und den ukrainischen und russischen Soldaten soll so
also weitergehen. Am Horizont ist schon eine weitere
ungeheure Bedrohung wahrnehmbar: der frühere
Präsident Medwedew sprach vom möglichen Einsatz von
Atomwaffen, im Falle einer existentiellen Bedrohung
Russlands.

Unsere ärztliche Friedensorganisation IPPNW warnt vor
der Fortsetzung dieses desaströsen Kurses der
Kriegsparteien. Bei unserer letztjährigen
Jahresversammlung verabschiedeten wir die „Hamburger
Erklärung“, in der wir einen sofortigen Waffenstillstand
forderten, gefolgt von langfristigen Verhandlungen über
einen Friedensprozess, „der (Zitat) die
Sicherheitsbedürfnisse aller beteiligter Staaten
einschließlich Russlands auf der Basis eines
gemeinsamen Sicherheitskonzepts berücksichtigt“. Die
Erklärung konstatiert: „Atomare Abschreckung ist kein
Mittel der Kriegsverhütung, sondern birgt die Gefahr
einer nuklearen Katastrophe.“ In Richtung USA und
Russland fordern wir: „beide Länder müssen die ca. 2000
Atomwaffen aus der erhöhten Alarmbereitschaft
nehmen.“ Wir fordern den Abzug aller US-Atomwaffen
aus der Bundesrepublik, und den Beitritt Deutschlands
zum Atomwaffen-Verbotsvertrag.

Der Angriffskrieg Russlands, Vorgeschichte und Hintergründe

Die aktuelle Lage ist kaum ohne das Agieren der westlichen Mächte USA, NATO und damit auch Deutschlands zu verstehen.

Es ist inzwischen belegt, dass im Prozess der deutschen Wiedervereinigung - bei gleichzeitiger Desintegration des östlichen Warschauer Vertrags - von Seiten der US-Regierung wie auch der europäischen Beteiligten Frankreich, Großbritannien und Bundesrepublik Deutschland gegenüber Präsident Gorbatschow die feste Zusage erfolgte, sowohl das Gebiet der ehemaligen DDR wie auch die übrigen früheren Verbündeten der Sowjetunion nicht in die NATO aufzunehmen, also keine Osterweiterung der westlichen Militärallianz vorzuhaben. 1997 [äußerte](#) sich der prominente amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan in der New York Times:

Es wäre der verhängnisvollste Fehler amerikanischer Politik in der Zeit nach dem Kalten Krieg, die NATO bis zu den Grenzen Russlands auszuweiten. Diese Entscheidung lässt befürchten, dass nationalistische, antiwestliche und militaristische Tendenzen in Russland entfacht werden könnten. Sie könnte einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland haben, wieder zu einer Atmosphäre wie im Kalten Krieges führen und die

russische Außenpolitik in eine Richtung lenken, die uns sehr missfallen wird. 4

Die Absage an eine Osterweiterung wurde Schritt für Schritt durchbrochen, aufgenommen wurden: – **die drei Länder des Baltikum, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Kroatien, Albanien, Montenegro und Nord-Mazedonien, sowie als Stationierungsort Kosovo, wo die US-Army ihr „Camp Bondsteel“ als Dauereinrichtung aufbaute.** In Aussicht gestellt wurde die NATO-Aufnahme auch Georgien sowie der Ukraine – und da liegt ein wesentlicher Grund für die aktuelle Eskalation: die Forderung Russlands, dauerhaft und verbindlich auf die NATO-Integration der Ukraine zu verzichten. Dies wird von der NATO abgelehnt, insbesondere von der zentralen Macht des Bündnis, den USA.

An dieser Stelle kommt ein weiteres Element der aktuellen Krise ins Spiel: die 2018 erfolgte Kündigung des INF-Vertrags durch die USA, also des 1987 abgeschlossenen Vertrags zwischen USA und Sowjetunion -jetzt Russland - zum Verbot der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa. Und nun- wohlgemerkt schon vor dem Einmarsch in die Ukraine - werden von Seiten der USA ganz konkrete Maßnahmen zur Stationierung neuer Raketen und Cruise Missiles, zum Teil mit Hyperschall-Eigenschaften (d.h. mehrfache Schallgeschwindigkeit), auf den Weg gebracht. Im hessischen Mainz-Kastel wurden zwei Kommando-Einheiten für dieses Waffensystem errichtet: die „Multi

Domain Task Force“ und das 56. Artillerie-kommando, 5 und zusätzliche 500 US-Soldaten dort stationiert, die für die vorgesehene Installation und Einsatzleitung der neuen Kurz- und Mittelstreckenraketen in Osteuropa zuständig sind. Die Flugzeit und damit auch Vorwarnzeit der neuen Raketen von der Ukraine bis Moskau würde etwa 5 Min betragen.

Strategische Interessen der Weltmacht USA - „Die einzige Weltmacht“

so ist eine geostrategische Abhandlung aus dem Jahr 1997 des wichtigen US-amerikanischen Strategen und politischen Analytikers Zbigniew Brzezinski betitelt. Brzezinski war selber insbesondere als Sicherheitsberater des US-Präsidenten James Carter ein wichtiger Akteur, und zum Beispiel Planer der Intervention in Afghanistan, zunächst durch massive finanzielle Hilfen und Waffenlieferungen an islamistische afghanische Kämpfer, gegen die damalige afghanische Regierung der „Demokratischen Volkspartei Afghanistans“. Brzezinski entwarf eine Strategie für die nachhaltige globale Vorherrschaft der USA, hier nur einige charakteristische Sätze: *„Bedient man sich einer Terminologie, die an das brutalere Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die ‚Barbaren‘völker sich nicht zusammenschließen.“* (S.

65f.)

Und: „Tatsache ist schlicht und einfach, dass

6

Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern. Dies ist kein gesunder Zustand, weder für Amerika noch für die europäischen Nationen.“ (S. 92)

***Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft (1997)*

Bei Licht betrachtet, hat sich an diesem Zustand bis heute, also mehr als 20 Jahre später, nichts Grundsätzliches geändert.

Die Polarisierung in Europa und Konfrontation zwischen Russland und den übrigen europäischen Staaten, insbesondere auch Deutschland, ist also durchaus ein willkommener Effekt der aktuellen Entwicklung. Das lässt sich ganz konkret auch an der Politik gegen Nord Stream 2, inzwischen ja weitgehend zerstört, verfolgen, bei der auch sehr direkte Geschäftsinteressen der Fracking-Branche der USA eine Rolle spielen. (Der damalige US-Präsident Clinton hat einmal einen treffenden Satz geprägt, der inzwischen immer noch häufig zitiert wird: „It’s the economy, stupid!“)

Lösungsversuch der Ukraine-Krise im „Normandie-Format“ – Minsk I und Minsk II

2015 gab es einen ernsthaften Versuch, die separatistische

Bewegung der russischsprachigen Bevölkerung insbesondere in der Region Luhansk und Donezk, gemeinsam also die Region Donbass, durch einen Verhandlungsprozess unter Beteiligung Deutschlands, 7 Frankreichs, Russlands und der ukrainischen Regierung zu reintegrieren. Es wurde ein Abkommen erzielt, welches dann dem Sicherheitsrat der UN zur Bestätigung durch Abstimmung vorgelegt wurde, und in der Tat auf diesem Weg auch als Beschluss des Sicherheitsrates wirksam werden sollte. Die USA hatten allerdings weder an der Aushandlung des Abkommens noch an seiner Umsetzung Anteil. Dies erklärt wohl, warum die ukrainische Regierung, obwohl in hohem Maß von westlicher Unterstützung abhängig, den Vertrag bald für unverbindlich erklärte, und nur sehr rudimentär umsetzte.

Hier einige im Abkommen vorgesehene Regelungen:

- allseitiger Waffenstillstand; - Abzug schwerer Waffen; - effizientes Monitoring; - umfassende Amnestie; - Austausch aller Geiseln; - Sicherer Zugang und Verteilung humanitärer Hilfsgüter; - Wiederherstellung der Kontrolle über die Staatsgrenzen durch die ukrainische Regierung; - Durchführung regionaler Wahlen; - Abzug aller ausländischen bewaffneten Einheiten, ebenso von Söldnern; - Durchführung einer Verfassungsreform mit Dezentralisierung.

Aber: Dieses Abkommen erreichte im ukrainischen Parlament nicht die notwendige Unterstützung.

So spitzte sich die Krise der Donbass-Region weiter zu, im Zusammenhang mit gewalttätigen Angriffen kamen in der Region rund 13.000 Menschen ums Leben, über 1200 von ihnen Zivilisten. Konstatiert wurde schließlich, „Minsk“ sei gescheitert. Neue Verhandlungen kamen auch deshalb nicht zu Stande, weil die russische Regierung Verhandlungsrunden ohne Teilnahme des mächtigsten Unterstützers der Kiewer Regierung, den USA, nicht mehr viel Wert beimaß. Die US-Regierung legte offenbar mehr Wert auf die Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte, investierte etwa 2 Mrd. \$ in deren Bewaffnung und Ausbildung, unter anderem auch durch Entsendung von Ausbildungspersonal, sprich US-Soldaten. Auch ohne formellen Beitritt war da vieles möglich, etwa auch bei gemeinsamen Flottenübungen auf dem Schwarzen Meer, wie etwa 2021 „Sea Breeze“, mit 30 Teilnehmerstaaten, unter Leitung von USA und Ukraine. Ukrainische Truppen nahmen auch an der „Koalition der Willigen“ zur Besetzung des Irak teil.

Ukraine und Deutschland

Während des zweiten Weltkriegs gab es eine intensive, allerdings nicht widerspruchsfreie Kooperation ukrainischer Nationalisten mit dem Nazi-Regime, mit eigenen Kampfverbänden etwa des „Bataillon Nachtigall“ an der Seite der deutschen Wehrmacht; diese Truppen waren an massenhafter Ermordung der jüdischen Bevölkerung in den besetzten sowjetischen Gebieten aktiv beteiligt, so etwa in Lemberg/Lwiw. Stepan Bandera, einer ihrer Anführer, in der Sowjetunion zum Tode verurteilt, lebte

nach dem Krieg in München, wo er die antisowjetische OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) neu gründete, und mit westlichen Geheimdiensten kooperierte. (Bandera wurde 1959 von einem sowjetischen Agenten in München umgebracht.) In manchen Kreisen der Ukraine wird er bis heute offen als Held verehrt, der bisherige ukrainische Botschafter Andrej Melnyk, der laut einem Kommentar der Tageszeitung „junge Welt“ im Jahr 2015 „Blumen am Grab des Nazi- Kollaborateurs Stepan Bandera niederlegte“ (‘unser Held’), wehrt sich eben auch gegen eine „Dämonisierung“ der von ihm so geschätzten

9

„mutigen Kämpfer“ des Asow-Regiments. Seine unveränderte Wertschätzung für Bandera führte dann zu seiner Rückversetzung nach Kiew, wo er nun zum stellvertretenden Außenminister avancierte.

Nach der aktuellen Invasion der russischen Armee in der Ukraine hat die Bundesregierung ihre bisher erklärte Position verlassen, keine Waffenlieferungen an kriegsführende Staaten zu leisten, und u.a. Panzerabwehrwaffen sowie Boden-Luft-Raketen in das Kriegsgebiet gesandt.

Welche Folgen des jetzigen Krieges in der Ukraine sind zu erwarten und schon abzusehen?

Bereits eingetreten ist die schwere Schädigung der deutsch-russischen Beziehungen, sowohl auf der ökonomischen wie auf der kulturellen und politischen Ebene. Der Austritt Russlands aus dem Europa-Rat ist schon ein Indiz, im Kulturleben etwa die Suspendierung des russischen Dirigenten Gergiev als Leiter der

Münchner Philharmoniker. Es droht eine neue Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen. Eingeleitet ist eine massive Aufrüstungswelle nicht nur in Deutschland, und sogar das Damokles-Schwert eines großen Krieges, gar eines Weltkrieges schwebt über unseren Köpfen.

Friedenspläne

10

Die absehbar gravierenden Folgen riefen diplomatische Initiativen in Richtung einer friedlichen (Verhandlungs-) Lösung hervor.

Zu erwähnen ist hier der **italienische Friedensplan** der damaligen Regierung in Rom, vom Mai 22. Er sah 4 Phasen vor, die mit internationaler Unterstützung von UN, EU und OSZE umgesetzt werden sollten:

- 1) Waffenstillstand, Entmilitarisierung der Frontlinien, Etablierung eines internationalen Kontrollmechanismus
- 2) Internationale Friedenskonferenz, Neutralität der Ukraine mit internationalen Schutzgarantien
- 3) Verhandlungen mit dem Ziel eines bilateralen Abkommens Russland/Ukraine mit Autonomie-Status von Krim und Donbas, bei Verbleib im ukrainischen Staat
- 4) Europäischer Sicherheitspakt, internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle; Abzug der russischen Truppen aus den besetzten Gebieten, schrittweise Rückbau der Sanktionen gegen Russland

Ein weiteres Friedensprojekt wurde vom **Vatikan** initiiert, unter Mitwirkung u.a. des früheren Präsidenten der EU-Kommission Romano Prodi, sowie des versierten

UN-Beraters Jeffrey Sachs, sowie des erfahrenen UN-Diplomaten Michael von der Schulenburg, und weiterer Experten und Wissenschaftler*innen. Dessen im Juni 22 präsentierte Vorschläge, die die konkrete Interessenlage der Kontrahenten aufgriff, und Kompromisse vorschlug, wie etwa eine russische de-facto-Kontrolle über die Krim für einen Zeitraum von mehreren Jahren, danach die Erarbeitung - auf diplomatischem Wege - einer formellen de-jure-Regelung. **11**

Michel von der Schulenburg hat die Situation präzise beschrieben, dies trifft nun sogar verschärft zu: „Was den Krieg in der Ukraine so außergewöhnlich gefährlich macht, ist die Tatsache, dass sich auch nach 7 Monaten Krieg alle Kriegsparteien einzig und allein darauf konzentrieren, diesen Krieg zu gewinnen, während sie keine Anstrengungen unternehmen, einen Frieden zu erreichen. Trotz des drohenden Atomkriegs gibt es zwischen dem Westen und Russland keine diplomatischen Kanäle, um Missverständnissen vorzubeugen, eine weitere Eskalation zu vermeiden, und die Voraussetzungen für eine diplomatische Lösung zu schaffen.“

Hier ist die Zivilgesellschaft gefragt: eine gesellschaftliche Mobilisierung zu erreichen, die eine ausreichende Druckhöhe für grundsätzlichen Wandel aufbauen kann.

